

Stephan Borries

**Kollektive Informationspflichten
und das individuelle
Informationsrecht des Kommanditisten**

Eine rechtsdogmatische Untersuchung aus Anlass
der Reform des Personengesellschaftsrechts
durch das MoPeG



Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

Band 850

Zugl.: Diss., Bielefeld, Univ., 2021

Bibliografische Information der Deutschen
Nationalbibliothek: Die Deutsche
Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen
bleiben vorbehalten.

Copyright © utzverlag GmbH · 2022

ISBN 978-3-8316-4952-5 (gebundenes Buch)
ISBN 978-3-8316-7686-6 (E-Book)

Printed in EU
utzverlag GmbH, München
089-277791-00 · www.utzverlag.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
A. Einführung	5
B. Zielsetzung und Themenbegrenzung	6
C. Gang der Darstellung	7
 1. Teil: Kollektive Informationspflichten	9
A. Grundlagen der Organschaft	9
I. Einführung	9
II. Das gewandelte Verständnis der Rechtsnatur von Personengesellschaften	9
III. Zum Vorhandensein von Organen in Personengesellschaften	10
1. Historischer Standpunkt: Organschaft nur bei juristischen Personen	10
2. Organschaft auch in rechtsfähigen Personengesellschaften	11
3. Bestätigung durch analoge Anwendung des § 31 BGB	13
IV. Der institutionell-funktionale, zweigliedrige Organbegriff	13
1. Einführung und Fragestellung	13
2. Auch natürliche Personen sind „Organe“	14
3. Organe als „abstrakter Zuständigkeitskomplex“	14
a. Die Unterscheidung von Organ und Organwalter	15
b. Die institutionell-funktionelle Komponente	15
V. Eingliederter oder zweigliedriger Organbegriff bei Personengesellschaften?	17
1. Abweichende Position <i>Bergmanns</i>	17
2. Kritische Würdigung	18
VI. Die doppelte Zurechnung	20
VII. Notwendige Organe der rechtsfähigen Personengesellschaft	20
1. Einführung und Ziel der Untersuchung	20
2. Unterschiedliche Kompetenzbereiche in der Personengesellschaft	21
c. Gewöhnliche und ungewöhnliche Geschäfte, Grundlagengeschäfte	21
aa. Gewöhnliche Geschäfte	21
bb. Ungewöhnliche Geschäfte und sog. „Grundlagengeschäfte“	22
d. § 113 Abs. 2 HGB und Zuweisung an die „übrigen Gesellschafter“	23
e. Bestätigung durch Recht der KGaA	24
f. Bestätigung durch die Art. 16 Abs. 1 und 17 Abs. 2 EWIV-VO	24
g. Das sog. „kollektive Informationsrecht“ aus §§ 713, 666 BGB	24
3. Zwischenergebnis	25
VIII. Die Besetzung der notwendigen Organe durch geborene Organwalter	25
IX. Weitere Konsequenzen	26
X. Zusammenfassung	27
B. Organrechtsfähigkeit und Organparteilichkeit	28
I. Einführung und Fragestellung	28
II. „Organrechtsfähigkeit“	29
1. Die Außenperspektive als Ausgangspunkt	29

2.	Organe als Zurechnungssubjekte im innerorganisatorischen Verhältnis	29
3.	Anerkennung von „Organrechtsfähigkeit“	31
4.	Echte subjektive Rechte des Organs oder „Organrechte“?	31
III.	„Organparteilichkeit“ als Ausprägung der Organrechtsfähigkeit	32
1.	Fortentwicklung des § 50 Abs. 1 ZPO	33
2.	Gegenstand möglicher Interorganklagen	35
IV.	Zusammenfassung	36
C.	Das sog. „kollektive“ Informationsrecht in der Personengesellschaft	37
I.	Einführung und Ziel der Untersuchung	37
II.	Historische Grundlagen	37
III.	Dogmatische Grundlage	38
IV.	Verpflichteter und Berechtigter	39
1.	Traditionelles Meinungsbild	39
a.	Träger der Informationspflicht	40
b.	Träger des Informationsrechts	40
aa.	Die rechtsfähige Personengesellschaft als Rechtsträgerin	40
bb.	Die „Gesellschaftergesamtheit“ als Rechtsträgerin	41
c.	„Informationsadressat“ und Zuständigkeit zur Geltendmachung	42
2.	Kritische Würdigung	43
V.	Die drei „Einzelpflichten“ aus § 666 BGB	44
1.	Berichtspflicht	44
a.	Reine Schutzpflicht	45
b.	Zweck und Inhalt der Berichtspflicht	46
c.	Einzelne Anlässe zur Berichterstattung	48
aa.	Feststellung des Jahresabschlusses	48
bb.	Zustimmung zu außergewöhnlichen Geschäften	49
cc.	Berichtspflicht bei Umwandlung	49
dd.	Sonstige Anlässe zur Berichterstattung	49
d.	Erfüllung der Berichtspflicht	50
e.	Rechtsfolgen bei unzureichender Berichterstattung	52
aa.	Kein klagbarer Anspruch auf Berichterstattung	52
bb.	Anspruch aus dem individuellen Informationsrecht	53
cc.	Geltendmachung der Unwirksamkeit eines Beschlusses	53
dd.	Entzug der Geschäftsführungsbefugnis aus wichtigem Grund	53
ee.	Schadensersatzanspruch	54
f.	Auswirkungen auf das individuelle Informationsrecht	54
2.	Auskunftspflicht auf Verlangen	55
a.	Abgrenzung zur Berichtspflicht	55
b.	Berechtigter und Verpflichteter	56
c.	Geltendmachung des Auskunftsverlangens	56
d.	Erfüllung der Auskunftspflicht	58
e.	Durchsetzung des Auskunftsanspruchs	58
f.	Problem: Durchsetzung im Wege der actio pro socio?	59

aa. Meinungsstand.....	59
(1) Standpunkt der Literatur.....	59
(2) Position der Rechtsprechung.....	60
bb. Stellungnahme.....	60
3. Rechenschaftspflicht.....	61
VI. Abdingbarkeit.....	62
1. Abdingbarkeit des § 666 BGB im Auftragsrecht.....	63
2. Abdingbarkeit des „kollektiven Informationsrechts“.....	63
a. Meinungsstand.....	63
b. Stellungnahme.....	65
VII. Zusammenfassung.....	66
D. Die Sonderprüfung als Kontrollmaßnahme des kollektiven Informationsrechts.....	68
I. Problemstellung.....	68
1. Meinungsstand.....	69
a. Sonderprüfung nur bei gesellschaftsvertraglicher Kompetenzzuweisung.....	69
b. Analoge Anwendung des § 142 AktG.....	70
2. Kritische Würdigung und eigener Ansatz.....	70
a. Kein Bedürfnis für analoge Anwendung des § 142 Abs. 2 AktG.....	71
b. Umfassendes „kollektives Informationsrecht“ als Organrecht.....	71
II. Zwischenergebnis.....	74
E. Zusammenfassung Teil 1.....	75
2. Teil: Rechtsdogmatische Grundlagen des Stammrechts auf Information.....	77
A. Der Begriff „Informationsrecht“.....	77
B. Die Funktion individueller Informationsrechte.....	78
I. Gewährleistungs- und Ermöglichungsfunktion.....	78
II. Kontrollfunktion.....	79
III. Zwischenergebnis.....	80
C. Kriterien für die unterschiedliche Ausgestaltung individueller Informationsrechte.....	80
I. Ausgestaltung der Haftung?.....	81
1. Meinungsstand.....	81
2. Kritische Würdigung.....	82
II. Realstruktur der Gesellschaft.....	83
III. Fehlen eines gesetzlichen Wettbewerbsverbotes?.....	85
IV. Zwischenergebnis.....	87
D. Zur Dogmatik des Informationsrechts.....	89
I. Tradierte Meinungsgruppe.....	89
1. Zwei verschiedene Rechte.....	89
2. Das Verhältnis zwischen Auskunfts- und Einsichtsrecht.....	90
II. Die „Lehre vom einheitlichen Recht“.....	91

1.	Erste Überlegungen von <i>Ebenroth</i>	91
2.	Fortentwicklung durch <i>Karsten Schmidt</i>	92
III.	Stellungnahme	93
1.	Das Stammrecht auf Information enthält sämtliche Informationsmittel	94
2.	Schwierige Abgrenzung zwischen Auskunft und Einsicht	95
3.	Informationsmittel ergänzen sich wechselseitig	95
a.	Vor- und Nachteile der Auskunft	96
b.	Vor- und Nachteile der Einsicht	96
4.	Widersprüche der tradierten Auffassung	97
5.	Das ergänzende „Auskunftsrecht“ des Personengesellschafters	98
6.	Die älteren Regelungen im Personengesellschaftsrecht: Ein Einwand?	99
IV.	Zusammenfassung	100
E.	Zur Rechtssystematischen Zerteilung des Informationsrechts	101
I.	Das mitgliedschaftliche Stammrecht auf Information	101
II.	Informationsansprüche im Einzelfall	102
III.	Zum Informationsbedürfnis	103
1.	Funktion	103
2.	Dogmatische Herleitung	105
a.	Meinungsstand	105
b.	Stellungnahme	105
3.	Kritik an der Lehre vom Informationsbedürfnis	107
a.	Der klare Gesetzeswortlaut des § 51a Abs. 1 GmbHG: Ein Einwand?	107
b.	Die Entstehungsgeschichte: Ein Einwand?	107
c.	Erschwerung der Darlegungs- und Beweislast: Ein Einwand?	108
4.	Die Position des II. Zivilsenats des BGH	108
5.	Das Informationsbedürfnis in der neueren instanzgerichtlichen Rechtsprechung	109
6.	Das Informationsbedürfnis als Leitgedanke der Rechtsfortbildung	111
7.	Das Informationsbedürfnis bei Unternehmensverbindungen	112
8.	Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	113
a.	Ausgangspunkt	114
b.	Meinungsstand	114
aa.	Standpunkt Karsten Schmidts	114
bb.	Vermittelnde Auffassung	115
cc.	Überwiegende Meinungsgruppe	115
c.	Kritische Würdigung und nähere Betrachtung	115
9.	Zwischenergebnis	117
IV.	Konkretisierung des Informationsbedürfnisses	117
1.	Zur sachgerechten Ausübung von Mitgliedschaftsrechten	118
2.	Zur Wahrung berechtigter Interessen des Gesellschafters	119
3.	Zwischenergebnis	120
F.	Zum Auswahlrecht zwischen den Informationsmitteln	120
I.	Einführung in die Problematik und Fragestellung	120

II.	Ausgangspunkt.....	121
III.	Meinungsstand	122
1.	Auswahlrecht der informationserteilenden Gesellschaft.....	122
2.	Erstes Vorschlagsrecht des Geschäftsführers	122
3.	Informationsbedürfnis maßgeblich.....	123
4.	Auswahlrecht des informationsbegehrenden Gesellschafters	123
IV.	Stellungnahme.....	124
1.	Gesetzeswortlaut	125
2.	Keine Subsidiarität	125
3.	Einsichtnahme nicht zwingend belastender als Auskunftserteilung	126
4.	Verteilung der anfallenden Kosten.....	126
5.	Charakter als eigennütziges Individualrecht	127
6.	Wertung der §§ 315, 316 BGB.....	127
7.	Unterschiedliche Funktionen von Auskunft und Einsichtnahme	127
8.	Unterschiede in der Vollstreckung.....	129
9.	Widerspruch zum Kontrollcharakter der Einsichtnahme	129
10.	Bedeutung des Informationsbedürfnisses.....	130
11.	Übertragung auf praktische Fälle	131
V.	Zwischenergebnis.....	132
VI.	Anspruch auf Übersendung oder Aushändigung von Dokumenten?.....	132
1.	Meinungsstand.....	132
a.	Schrifttum	132
b.	Instanzgerichtliche Rechtsprechung	133
2.	Stellungnahme	134
a.	Weite Auslegung des Begriffs „Auskunft“	134
b.	Konsequenz: Schlechterstellung des GmbH-Gesellschafters	135
c.	Schlechterstellung gegenüber Dritten.....	137
d.	Sinn und Zweck des Informationsrechts	137
e.	Inhaltliche Anforderungen an die Informationserteilung	138
f.	Fehlende Stütze im Gesetzeswortlaut: Ein Einwand?	138
g.	Unzumutbare Belastung der Geschäftsführung: Ein Einwand?	139
h.	Unnütze Aktenansammlung: Ein Einwand?	139
VII.	Zwischenergebnis.....	140
G.	Zusammenfassung Teil 2	140
3. Teil: Analyse des § 166 HGB.....		142
A.	Ausgangspunkt.....	142
I.	Zur Entstehungsgeschichte des heutigen § 166 HGB.....	142
II.	Zur Regelungssystematik des § 166 HGB	143
III.	Das gewandelte Rechtsbild des Kommanditisten	144
IV.	Auswirkungen auf § 166 HGB.....	145
V.	Zielsetzung.....	147
B.	Ausgewählte rechtsmethodische Ansätze zur Erweiterung der Informationsmöglichkeiten des Kommanditisten	148
I.	Einführung	148

II.	Erweiterung durch analoge Anwendung des § 51a Abs. 1 GmbHG?	148
1.	Meinungsstand	148
a.	Befürwortende Auffassung	148
b.	Ablehnende Meinungsgruppe	149
2.	Rechtsprechung	150
3.	OLG Celle Beschluss v. 14.03.2017 - 9 W 18/17	151
a.	Sachverhalt	151
b.	Entscheidungsgründe	151
4.	Kritische Würdigung	152
III.	Herleitung aus §§ 713, 666 BGB iVm §§ 105 Abs. 3, 161 Abs. 2 HGB?	154
IV.	Herleitung eines allgemeinen Informations- bzw. Auskunftsrechts	155
1.	Begriffsverständnis	156
2.	Mitgliedschaft als Rechtsgrundlage	157
3.	Inhalt und Umfang	157
4.	Darlegung des Informationsbedürfnisses	159
5.	Verhältnis zu § 166 Abs. 1 und 3 HGB	160
6.	Kritische Würdigung	161
a.	Rechtsdogmatischer Einwand	161
b.	Kein Gleichlauf mit gesellschaftlicher Einflussmöglichkeiten	162
c.	Charakter als eigennütziges und selbstständiges Mitgliedschaftsrecht	163
d.	Die Wertung des § 166 Abs. 2 HGB: Ein Einwand?	164
e.	Zeitlicher Anwendungsbereich	166
f.	Unzumutbare gerichtliche Durchsetzung der Informationsansprüche	167
V.	Zwischenergebnis	168
C.	Informationen über gewöhnliche Geschäftsführung	169
I.	Fragestellung	169
II.	Meinungsstand	169
III.	Stellungnahme	170
1.	Rechtsdogmatischer Einwand und Funktion des Informationsrechts	171
2.	Widersprüche der tradierten Auffassung	172
3.	Erhebliche Abgrenzungsschwierigkeiten in der Praxis	173
4.	Informationen zur Aussprache, Beratung und Ausübung des Rederechts	174
5.	Minderheiten- und Individualschutz	174
6.	Bedeutung der „kollektiven“ Informationspflicht	175
IV.	Zwischenergebnis	176
D.	Rechtsfortbildung des § 166 Abs. 1 HGB	177
I.	Einführung	177
1.	Herkömmliches dogmatisches Verständnis	177
2.	Gewandeltes Verständnis von § 166 Abs. 1 HGB	177
3.	Zielsetzung und Gang der Untersuchung	178
II.	Der „Mitteilungsanspruch“	179
1.	Inhalt	179
2.	Weitergehende Informationen?	179
3.	Keine klare Argumentationslinie	180

4.	Der eindeutige, klare Wortlaut des § 166 Abs. 1 HGB: Ein Einwand?	181
5.	Anspruch auf Mitteilung einzelner Dokumente	182
a.	Aufgestellter Jahresabschluss	182
aa.	Meinungsstand	182
bb.	Stellungnahme	183
cc.	Zwischenergebnis	185
b.	Steuerbilanz	185
c.	Anhang, § 284 HGB	187
d.	Lagebericht, § 289 HGB	188
e.	Prüfungsbericht des Abschlussprüfers?	189
aa.	Meinungsstand	190
(1)	Schrifttum	190
(2)	Rechtsprechung	190
bb.	Stellungnahme	191
(1)	Herausragende Informationsfunktion	192
(2)	Die Möglichkeit der Einsichtnahme: Ein Einwand?	193
(3)	Bestätigung durch §§ 42, 44 UmwG	194
(4)	Das Geheimhaltungsinteresse der KG: Ein genereller Einwand?	194
(5)	Die fehlende Pflicht zur Offenlegung nach § 325 HGB: Ein Einwand? ..	195
cc.	Zwischenergebnis	197
f.	Jahresabschluss der Komplementär-GmbH	197
g.	Unterlagen der Konzernrechnungslegung	197
6.	Zwischenergebnis	199
III.	Der „Anspruch auf Einsichtnahme“ der Geschäftsunterlagen	199
1.	Inhalt und herkömmlicher Zweck	199
2.	Weiterentwicklung durch Rechtsprechung und Literatur	201
a.	Allgemeines	201
b.	Abkehr von der Zweck- und Funktionsgebundenheit	202
3.	Entstehen des Einsichtsanspruchs	204
4.	Erlöschen des „Einsichtsrechts“ bei Mitwirkung an der Feststellung des Jahresabschlusses?	206
a.	Problemstellung	206
b.	Meinungsstand	206
aa.	Ältere Rechtsprechung	206
bb.	Strenge Ansicht: „Einsichtsrecht“ erlischt	208
cc.	Vermittelnde Auffassung: Vorherige Informationsmöglichkeit maßgeblich	209
dd.	Weite Ansicht: „Einsichtsrecht“ besteht fort	209
c.	Stellungnahme	210
aa.	Rechtsdogmatischer Einwand	210
bb.	Allein das konkrete Informationsbedürfnis ist maßgeblich	211
cc.	Wandel der Normsituation bei § 166 Abs. 1 HGB	213
dd.	Kein ausreichender Schutz über § 166 Abs. 3 HGB	213
ee.	Erlöschen bei Mehrheitsbeschluss trotz Gegenstimme?	214

ff. Weitere Folgerung	215
d. Zwischenergebnis	215
5. Erlöschen des „Einsichtsrechts“ durch eine erfolgte Abschlussprüfung?	215
a. Problemstellung	215
b. Meinungsstand	217
c. Stellungnahme	218
6. Besonderheit: Informationen über Vorgänge in verbundenen Unternehmen	220
a. Das spezifische Informationsbedürfnis im Unternehmensverbund	220
aa. Gewinninteresse	220
bb. Sonstiges Vermögensinteresse	221
cc. Informationen zur sachgerechten Ausübung von Mitgliedschaftsrechten	221
dd. Kein praktischer Unterschied zur GmbH	222
b. „Informationsdurchgriff“?	222
aa. Meinungsstand	223
bb. Stellungnahme	224
(1) Rechtsdogmatischer Einwand	224
(2) Fehlinterpretation von BGH Urteil v. 08.07.1957 - II ZR 54/56	225
(3) Folgeprobleme	225
(4) Widersprüche bei Einheits-GmbH & Co. KG	226
(5) Informationsdurchgriff nur durch gesellschaftsvertragliche Regelung	226
cc. Zwischenergebnis	226
c. Dokumentationspflicht	226
d. Einsicht in Geschäftsunterlagen mit Bezug zu verbundenen Unternehmen	227
e. Pflicht zur Ermöglichung der Einsicht in Geschäftsunterlagen von und bei verbundenen Unternehmen	229
aa. Einführung	229
bb. Ausgangspunkt	229
cc. Informationsbeschaffungspflicht	230
(1) Bei hundertprozentiger Tochtergesellschaft	230
(2) Bei vertraglichem Informationsrecht der KG	231
(3) Bei Beteiligung außenstehender Dritter am verbundenen Unternehmen?	231
dd. Kritische Würdigung	232
(1) Zugriffsmöglichkeit der eigenen Gesellschaft	232
(2) Erforderlichkeit eines konzernspezifischen Informationsbedürfnisses	234
(3) Keine Entwertung der Einsichtnahme durch Unternehmensverbindung	235
(4) Ausreichender Schutz über § 51a Abs. 2 Satz 1 GmbHG (analog)	236
(5) Ausnahmsweise nur Auskunftserteilung	237
(6) Kosten der Informationsbeschaffung	237
f. Zwischenergebnis	238
7. Zwischenergebnis	238
IV. Der „Auskunftsanspruch“ über die Angelegenheiten der Gesellschaft	239
1. Einführung	239
2. Der ergänzende „Auskunftsanspruch“ aus § 166 Abs. 1 HGB	240

a.	Inhalt und Funktion	240
b.	Folgerungen	240
c.	Abgrenzung zum allgemeinen Informationsrecht	240
d.	Konsequenz: Rechtsfortbildung des § 166 Abs. 1 HGB	241
3.	Das „Auskunftsrecht“ über Namen und Anschriften von Mitgesellschaftern	242
4.	Zwischenergebnis	243
V.	Auswahlrecht zwischen Informationsmitteln	243
VI.	Zusammenfassung	243
E.	Die verbleibende Bedeutung des § 166 Abs. 3 HGB	245
I.	Offene Frage und Zielsetzung	245
II.	Ausgangspunkt	245
III.	Meinungsstand	246
IV.	Praktische Relevanz der Streitfrage	247
V.	Konsequenzen der herrschenden Meinung	248
VI.	Stellungnahme	248
1.	Überholte Intention des historischen Gesetzgebers	249
2.	Rechtsdogmatisches Verständnis	250
3.	Durchbrechung der verfahrensmäßigen Exklusivität	251
4.	Kein konstitutives Anordnungserfordernis	252
5.	Bezugspunkt des „wichtigen Grundes“ iSv § 166 Abs. 3 HGB	253
6.	Die verbleibende Funktion und Bedeutung des § 166 Abs. 3 HGB: Ein Einwand?	255
7.	Das (angebliche) Fehlen einstweiligen Rechtsschutzes: Ein Einwand?	257
8.	Fehlende Stütze im Gesetzeswortlaut: Ein Einwand?	258
9.	Bestätigung durch das Reformvorhaben	258
VII.	Zwischenergebnis	259
F.	Zusammenfassung Teil 3	260
 4. Teil: Unabdingbarkeit des individuellen Informationsrechts des Kommanditisten.. 262		
A.	Einführung	262
B.	Schlechthin unverzichtbare Rechte als Grenze der Vertragsfreiheit	263
C.	Zur Unabdingbarkeit des Stammrechts auf Information	267
I.	Das „außerordentliche Informationsrecht“, § 166 Abs. 3 HGB	268
II.	Das „ungeschriebene, allgemeine Informationsrecht“	268
III.	Das „Auskunftsrecht“ über Namen und Anschriften von Mitgesellschaftern	269
IV.	Zwischenergebnis	270
V.	Das „ordentliche Informationsrecht“, § 166 Abs. 1 HGB	271
1.	Ältere Auffassung: Vollständige Abdingbarkeit des § 166 Abs. 1 HGB	271
2.	Heutiges Meinungsbild zum „Mitteilungsrecht“ aus § 166 Abs. 1 Fall 1 HGB	272
3.	Überleitung	273
4.	BGH Urteil v. 11.07.1988 - II ZR 346/87	273
a.	Sachverhalt	273
b.	Entscheidungsgründe	274
c.	Folgerung	275
5.	BGH Urteil v. 10.10.1994 - II ZR 18/94	276

a.	Sachverhalt	276
b.	Entscheidungsgründe	277
c.	Folgerung	278
6.	Analoge Anwendung des § 51a Abs. 3 GmbHG?	278
a.	Meinungsstand	278
b.	OLG München Urteil v. 31.01.2018 - 7 U 2600/17	280
aa.	Keine planwidrige Regelungslücke	280
bb.	Keine vergleichbare Interessenlage	281
c.	Kritische Würdigung	281
7.	Heutiges Meinungsbild zum „Einsichtsrecht“ aus § 166 Abs. 1 Fall 2 HGB	283
a.	Enge Auffassung: Unabdingbarkeit in der gesetzestypischen KG	283
b.	Weite Auffassung: Unabdingbarer Kern	284
8.	Kritische Würdigung	285
VI.	Schutz des Informationsrechts durch Art. 14 Abs. 1 GG	287
VII.	Zwingendes Informationsrecht des Handelsvertreters, § 87c Abs. 5 HGB	289
D.	Bestätigung durch Reformvorhaben	290
E.	Analyse einzelner Vertragsgestaltungen	291
I.	„Ausschluss“ des Einsichtsrechts bei Abschlussprüfung?	291
1.	OLG München Urteil v. 31.01.2018 - 7 U 2600/17	291
a.	Sachverhalt	291
b.	Entscheidungsgründe	292
2.	Kritische Würdigung	292
a.	Vorliegen eines Informationsbedürfnisses	293
b.	Zwingende Kenntnisnahme des Prüfungsberichts	293
c.	Kein Erlöschen des Informationsbedürfnisses	294
d.	Begrenzung durch das Informationsbedürfnis	295
e.	Mitwirkung an der Auswahl des Abschlussprüfers	296
f.	Kein Ausschluss des Einsichtsanspruchs	296
3.	Zwischenergebnis	296
II.	Verdrängende Übertragung des „Einsichtsrechts“ auf ein Kontrollorgan?	296
1.	Problemstellung	296
2.	Stellungnahme	298
3.	Anforderungen an das Kontrollorgan	299
4.	Zwischenergebnis	301
III.	Ausschluss der persönlichen Einsichtnahme?	301
1.	Meinungsstand	301
2.	Stellungnahme	302
IV.	Ausschluss der Hinzuziehung eines sachverständigen Dritten?	304
F.	Zusammenfassung Teil 4	304

5. Teil: Das Informationsrecht der Personengesellschafter de lege ferenda	306
A. Einführung	306
B. Reformbedarf	306
I. Ältere Diskussion über den Reformbedarf	306
II. Der 71. Deutschen Juristentag 2016	308
1. Referat zum Reformbedarf	309
2. Teilnehmerdiskussion	309
a. Zurückhaltender Standpunkt	309
b. Befürwortende Meinungsgruppe	310
III. Weitere Reformvorschläge aus neuerer Zeit	311
IV. Zwischenergebnis	312
C. Der sog. „Mauracher-Entwurf“	315
I. Einführung	315
II. Ausgangspunkt	317
III. Zum Informationsrecht nach § 717 BGB-E	318
1. Vorgeschlagene Neuregelung im Wortlaut	318
2. Überblick	318
3. Das individuelle Informationsrecht nach § 717 Abs. 1 BGB-E	319
a. Zu § 717 Abs. 1 Satz 1 BGB-E	319
b. Zu § 717 Abs. 1 Satz 2 BGB-E	319
aa. Entwicklung des „Auskunftsrechts“	320
bb. Unvollständige Kommentierung	323
cc. Kritische Würdigung	324
c. Fehlen eines geschriebenen Verweigerungsgrundes	326
d. Zu § 717 Abs. 1 Satz 3 BGB-E	327
aa. Geltende Rechtslage	327
bb. Vorgeschlagene Neuregelung	330
cc. Kritische Würdigung	331
e. Zwischenergebnis	333
4. Das „kollektive Informationsrecht“ nach § 717 Abs. 2 BGB-E	333
a. Verpflichteter und Berechtigter	334
b. Inhalt der drei Informationspflichten	334
aa. Benachrichtigungspflicht	334
bb. Auskunftspflicht	335
cc. Rechenschaftspflicht	336
c. Durchsetzung des „kollektiven Informationsrechts“	336
d. Durchsetzung im Wege der actio pro socio?	337
e. Abdingbarkeit	338
f. Formulierungsvorschlag	339
IV. Zum Informationsrecht des Kommanditisten nach § 166 HGB-E	339
1. Vorgeschlagene Änderung im Wortlaut	339
2. Zur Entwurfsbegründung	340
3. Ausgangspunkt: Bedürfnis für § 166 HGB-E?	340

4.	Die Neuregelung im Detail.....	343
a.	Zu § 166 Abs. 1 Satz 1 HGB-E	343
b.	Kritische Würdigung	344
c.	Zu § 166 Abs. 1 Satz 2 HGB-E	346
aa.	Problemstellung	346
bb.	Außerordentliches ./.. Allgemeines Informationsrecht	346
cc.	Folgerung	348
dd.	Zwischenergebnis.....	349
ee.	Kritische Würdigung	349
d.	Zu § 166 Abs. 2 HGB-E	352
e.	Kritische Würdigung	353
V.	Zusammenfassung.....	354
D.	Der Referenten- und Regierungsentwurf zum MoPeG.....	356
I.	Vorgeschlagene Neuregelung im Wortlaut.....	357
II.	§ 717 BGB-RefE.....	357
1.	Das individuelle Informationsrecht nach § 717 Abs. 1 BGB-RefE	357
2.	Das „kollektive Informationsrecht“ nach § 717 Abs. 2 BGB-RefE.....	358
III.	Das Informationsrecht des Kommanditisten aus § 166 HGB-RefE	359
1.	Vorgeschlagene Änderung im Wortlaut.....	360
2.	Zu § 166 Abs. 1 HGB-RefE	360
3.	Zu § 166 Abs. 2 HGB-RefE	361
IV.	Prozessuale Durchsetzung – Angleichung an § 132 AktG und § 51b GmbHG	362
V.	Sonderproblem: Wer ist künftig statthafter Beklagter?	365
1.	Position von Rechtsprechung und Teilen des Schrifttums	366
2.	Kritische Würdigung	366
E.	Zusammenfassung Teil 5	368
	Literaturverzeichnis	370

Einleitung

A. Einführung

Der Abbau von Informationsasymmetrien durch die Weitergabe von Informationen ist ein zentrales Thema des Gesellschaftsrechts.¹ Denn wer nicht wenigstens informiert wird, ist nicht ernsthaft beteiligt.² Nach mehr als 120 Jahren beabsichtigt der Gesetzgeber im Jahr 2021 bis zum Ablauf der 19. Legislaturperiode die Modernisierung des Personen- gesellschaftsrechts sowie die Anpassung geltender Vorschriften an ein modernes Wirtschaftsleben und die praktischen Bedürfnisse von Gesellschaften und Gesellschaftern.³ Die Änderungen sollen nach Art. 135 MoPeG-E zum 01.01.2023 in Kraft treten.⁴ Die umfangreiche Reform erfasst speziell die Regelungen zum individuellen Informationsrecht in den § 716 BGB sowie in den §§ 118, 166, 233 HGB, die alle auf die „informationsfeindliche Epoche“⁵ des 19. Jahrhunderts zurückgehen. In den vergangenen zwölf Dekaden, besonders aber nach Einfügung des § 51a GmbHG im Jahr 1980, haben Rechtsprechung und Schrifttum in der Folgezeit jene Bestimmungen in BGB und HGB fortentwickelt, während der Gesetzestext weitgehend unverändert geblieben ist und die heutige Rechtserkenntnis nicht mehr angemessen widerspiegelt.

Dabei ist sämtlichen Regelungen in jeder Gesellschaftsform gemeinsam, dass sie darauf abzielen, Informationsasymmetrien zu beseitigen, die typischerweise durch Arbeitsteilung im Verhältnis der geschäftsführenden zu den nichtgeschäftsführenden Personengesellschaftern entstehen.⁶ Um den Informationsvorsprung der geschäftsführenden Gesellschafter bzw. das Informationsdefizit der nichtgeschäftsführenden Gesellschafter über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu beseitigen und eine gleichmäßige Informationsverteilung im Gesellschafterkreis, insbesondere der Minderheit und des einzelnen Gesellschafters, zu gewährleisten, lassen sich heute zwei Informationssäulen unterscheiden.⁷ Auf der einen Seite bestehen die sog. „kollektiven Informationspflichten“, die namentlich eine unaufgeforderte Pflicht zur Informationserteilung und damit einen Push-Mechanismus kennzeichnet. Doch stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wer eigentlich Träger der Informationspflicht bzw. Träger des korrespondierenden Informationsrechts ist: Jeder geschäftsführende Gesellschafter persönlich oder das Geschäftsführungsorgan bzw. die rechtsfähige Personengesellschaft oder die Gesellschaftergesamtheit als Willensbildungsorgan? Demgegenüber steht auf der anderen Seite das individuelle mitgliedschaftliche Informationsrecht eines jeden Gesellschafters. Es kennzeichnet, dass der Berechtigte selbst darüber zu entscheiden hat, ob er eine Informationserteilung und damit eine Beseitigung der Informationsasymmetrie verlangt (Pull-Mechanismus).

¹ Koch ZGR 2020, 183, 184.

² Wiedemann GesR II, S. 256.

³ RegE MoPeG, BT-Drs. 19/27635, S. 1 f.

⁴ RegE MoPeG, BT-Drs. 19/27635, S. 97.

⁵ Deutlich Wiedemann, FS Meincke, 2015, S. 423, 433.

⁶ Koch ZGR 2020, 183, 187.

⁷ Casper, Informationsrechte, S. 547 f.; Fleischer/Heinrich DB 2020, 827 ff.; Koch ZGR 2020, 183, 185 ff.; Schäfers, S. 43 ff.; K. Schmidt, Informationsrechte, S. 15; Wiedemann GesR II, S. 256.

B. Zielsetzung und Themenbegrenzung

Das geschriebene Gesetz enthält zwar mit Ausnahme des Vereinsrechts Regelungen zum individuellen Informationsrecht des Gesellschafters. Allerdings entspringen die Normen unterschiedlichen zeitlichen Epochen. Es verwundert daher nicht, dass die Informationsordnung bei rechtsformübergreifender Betrachtung undurchsichtig und unstimmig wirkt. Offene Widersprüche treten gerade zwischen der neueren Vorschrift des § 51a GmbHG und den älteren Vorschriften der § 716 BGB und §§ 118, 166 HGB hervor, weil letztere unverändert auf dem Stand des ausgehenden 19. Jahrhunderts verharren. Anlässlich der bevorstehenden Modernisierung des Personengesellschaftsrechts wird der zentrale Schwerpunkt dieser Untersuchung auf das Informationsrecht des Kommanditisten gelegt. Denn zum einen ist in Bezug auf jenes Recht die bisherige Diskussion über eine Erweiterung des individuellen Informationsrechts des Kommanditisten besonders umfangreich. Das betrifft die dogmatischen Grundlagen des individuellen Informationsrechts, dessen Inhalt und Umfang sowie nicht zuletzt die Abdingbarkeit durch den Gesellschaftsvertrag. Zum anderen sind der Wertungswiderspruch und die Unzulänglichkeit des geschriebenen Rechts zwischen § 51a GmbHG und § 166 HGB besonders gravierend. Da rechtstatsächlich die GmbH und die KG einschließlich der Sonderkonstellation einer GmbH & Co. KG sehr häufig vorkommen,⁸ ist es hier von besonderer Bedeutung, dass das geschriebene Gesetz die Bedürfnisse des modernen Wirtschaftslebens angemessen widerspiegelt. Um den heutigen Rechtsstand aufzuzeigen, ist deshalb auch auf die Erkenntnisse zum Informationsrecht des GmbH-Gesellschafters aus § 51a GmbHG zurückzugreifen, der bis dato die jüngste Regelung darstellt und dem gerade in rechtsdogmatischer Hinsicht rechtsformübergreifende Grundlagen entnommen werden können.

Die vorliegende Untersuchung arbeitet die dogmatischen Grundlagen der beiden Informationssäulen heraus. Anders als bislang wird das sog. „kollektive Informationsrecht“ nicht zu einem bloßen Abgrenzungsbegriff herabgesetzt,⁹ sondern einer eingehenden Analyse unterzogen. Es wird herausgestellt, dass beide Informationssäulen zwar voneinander getrennt zu betrachten sind, aber durch das Informationsbedürfnis des Gesellschafters miteinander verbunden sind. Daneben hat die Arbeit zum Ziel, unter Darlegung des heutigen vielschichtigen Meinungsstandes aufzuzeigen, dass § 166 HGB nach Maßgabe des Informationsbedürfnisses einer verfassungsrechtlich gebotenen Rechtsfortbildung bedarf und Rechtserkenntnis und Rechtsfortbildung dem Gesetzeswortlaut und der historischen Gesetzessystematik längst enteilt sind. Das betrifft sowohl den Inhalt und Umfang des Informationsrechts als auch eine mögliche Abdingbarkeit. Dazu werden zahlreiche neuere Entscheidungen herangezogen und einer kritischen Würdigung unterzogen.¹⁰ Dem Kommanditisten steht – wie dem GmbH-Gesellschafter in § 51a GmbHG und dem Gesellschafter einer GbR und OHG auch – ein prinzipiell unbeschränktes, einheitliches und obendrein zwingendes Informationsrecht zu. Zum Einstieg löst sich die Untersuchung zunächst bewusst vom geschriebenen § 166 HGB und tritt einer „kommentarartigen“ Abhand-

⁸ Eingehend Kornblum GmbHR 2020, 677, 678; speziell die GmbH & Co. KG ist gerade für Familienunternehmen „die“ beliebteste Rechtsform, Binz/Sorg GmbHR 2011, 281 ff.; Münch. Hdb. GesR Bd. 7/Holler § 75 Rn. 15.

⁹ S. stellvertretend Wohlleben, S. 2 f.

¹⁰ BGH NZG 2018, 736; BGH NZG 2016, 1102; OLG Celle GmbHR 2017, 979; OLG Düsseldorf BeckRS 2008, 3523; OLG Jena BeckRS 2016, 16922; OLG Jena BeckRS 2013, 199609; KG NZG 2018, 1267; OLG München NZG 2018, 942; OLG München ZIP 2017, 1112.

lung¹¹ entgegen. Stattdessen werden in der Praxis relevante Fragestellungen aufgegriffen und einer kritischen Analyse unterzogen, beispielsweise ob das Informationsrecht des Kommanditisten auch Vorgänge der gewöhnlichen Geschäftsführung erfasst, was die herrschende Meinung ablehnt.¹²

Dabei hat die Arbeit nicht zum Ziel, ein völlig neues Konzept betreffend den Abbau von Informationsasymmetrien aufzuzeigen, sondern an vorhandene Ansätze und Überlegungen anzuknüpfen und diese weiterzuentwickeln. Das gilt besonders für die von *Karsten Schmidt* entwickelte „Lehre vom einheitlichen, ungeteilten Informationsrecht“¹³ und „Lehre vom Informationsbedürfnis“.¹⁴ Im Verlauf dieser Arbeit wird das „Informationsbedürfnis“ als unbestimmter Rechtsbegriff konkretisiert sowie zum maßgeblichen Kriterium und Wegweiser der Rechtsfortbildung herausgebildet und schlussendlich auf § 166 Abs. 1 HGB angewendet.

Nachdem der gegenwärtige Rechtsstand herausgearbeitet ist, kann vor diesem Hintergrund zuletzt die Frage aufgeworfen werden, ob es dem im April 2020 veröffentlichten sog. „Mauracher-Entwurf“ sowie dem darauf aufbauenden und im Frühjahr 2021 vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung gelingt, das individuelle Informationsrecht des Kommanditisten angemessen zu normieren. Oder bleibt die vorgeschlagene Neuregelung hinter der gegenwärtigen Rechtserkenntnis und Rechtsfortbildung zurück und verkürzt möglicherweise sogar den Rechtsstand gegenüber dem bisherigen kodifizierten Recht?

C. Gang der Darstellung

In ihrem ersten Teil wird das sog. „kollektive Informationsrecht“ erörtert. Dazu wird zunächst die aus dem Recht der Körperschaften bekannte „Lehre vom Organrecht“ aufgegriffen und auf rechtsfähige Personengesellschaften übertragen. Auf dieser Grundlage wird sodann dargelegt, dass in den rechtsfähigen Personengesellschaften Träger der Informationspflicht das Geschäftsführungsorgan und Trägerin des korrespondierenden Informationsrechts nicht die rechtsfähige Personengesellschaft, sondern vielmehr die Gesellschaftergesamtheit als Willensbildungsorgan ist. Denn Organe sind im Innenverhältnis sowohl organrechtsfähig als auch organparteilich und können Träger von eigenen Rechten und Pflichten sein. In diesem Zusammenhang wird weiter aufgezeigt, dass der Schwerpunkt des „kollektiven Informationsrechts“ in der Pflicht besteht, den Gesellschaftern unaufgefordert die „erforderlichen Nachrichten zu geben“ (§§ 713, 666 Fall 1 BGB). Damit zusammenhängend werden die Funktion, die dem individuellen Informationsrecht jedes einzelnen Kommanditisten in der Abgrenzung zum sog. „kollektiven Informationsrecht“ gerade zukommen soll und die Tatsache, dass diese beiden Informationssäulen über das Informationsbedürfnis miteinander verbunden sind, geklärt. Außerdem wird dargelegt, dass das „kollektive Auskunftsrecht“ aus §§ 713, 666 Fall 2 BGB iVm § 161 Abs. 2, 105 Abs. 3 HGB nach Maßgabe des Informationsbedürfnisses zu einem umfassenden Informations- und Überwachungsrecht fortzubilden ist und insbesondere auch zur Durchführung einer Sonderprüfung berechtigt.

¹¹ S. stellvertretend *Gänzle*, S. 6 ff.; *Schlitt*, S. 85 ff.

¹² BGH NZG 2016, 1102 Rn. 23; BGH NJW 1992, 1890, 1891; OLG Düsseldorf BeckRS 2008, 3523; Staub/*Casper* § 166 Rn. 26; a.A. Scholz/*K. Schmidt* § 51a Rn. 56.

¹³ Grundlegend *K. Schmidt*, Informationsrechte, S. 38 f.

¹⁴ Grundlegend *K. Schmidt*, Informationsrechte, S. 35 ff.

Sodann befassen sich die Teile zwei bis vier mit dem individuellen Informationsrecht. Einleitend werden die rechtsdogmatischen Grundlagen des Stammrechts auf Information herausgearbeitet, insbesondere dass das Informationsrecht ein einheitliches Recht ist, das nicht in ein Auskunfts- und ein Einsichtsrecht aufgespalten ist. In diesem Zusammenhang wird weiter ein Schwerpunkt auf die „Lehre vom Informationsbedürfnis“ gelegt. Das Informationsbedürfnis entscheidet darüber, ob im Einzelfall aus dem Stammrecht auf Information Informationsansprüche erwachsen können und auf welche Angelegenheiten der Gesellschaft sie sich erstrecken. Aufbauend auf dieses rechtsdogmatische Fundament thematisiert der zentrale dritte Teil unter Darlegung des heutigen Meinungsstandes kritisch die verschiedenen rechtsmethodischen Ansätze zur Erweiterung des § 166 HGB. Im Mittelpunkt steht die Rechtsfortbildung des § 166 Abs. 1 HGB zu einem einheitlichen und prinzipiell unbeschränkten Stammrecht auf Information, dem je nach Informationsbedürfnis ein Mitteilungsanspruch sowie ein Einsichts- und ein Auskunftsanspruch entspringen können. Im vierten Teil wird schließlich herausgestellt, dass das Informationsrecht als „mitgliedschaftliches Grundrecht“¹⁵ ein schlechthin unverzichtbares Recht ist, das weder einschränkenden noch ausschließenden gesellschaftsvertraglichen Abänderungen zugänglich ist. Es wird sich in diesen Teilen zeigen, dass Rechtserkenntnis und Rechtsfortbildung dem Gesetzwortlaut des § 166 HGB längst enteilt sind und dieser dringend der Reform bedarf.

Im fünften und letzten Teil wird aufbauend auf die gewonnenen Erkenntnisse der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) einschließlich des sog. „Mauracher-Entwurfs“ im Hinblick auf die vorgeschlagenen Regelungen in § 717 BGB-E und § 166 HGB-E näher erläutert und rechtspolitisch gewürdigt. Vor dem Hintergrund der Reform des Personengesellschaftsrechts wird zunächst der im Schrifttum bisher thematisierte Reformbedarf und speziell die Diskussion über eine Neufassung des individuellen Informationsrechts des Kommanditisten auf dem 71. Deutschen Juristentag 2016 aufgegriffen. Insgesamt wird sich zeigen, dass die geplanten Änderungen im MoPeG noch deutliches Optimierungspotential enthalten und bisherige Stellungnahmen aus dem Schrifttum zu positiv ausfallen. Denn speziell das Informationsrecht des Kommanditisten bleibt in der Neureglung nicht nur hinter seinem ungeschriebenen Rechtsstand, im Gegenteil sogar hinter den in § 166 HGB genannten Informationsmöglichkeiten zurück und wird damit nicht wie beabsichtigt erweitert, sondern verkürzt.

Am Ende der jeweiligen fünf Teile werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung thesenförmig festgehalten.

¹⁵ Wiedemann GesR II, S. 259.

Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

- Band 850: Stephan Borries: **Kollektive Informationspflichten und das individuelle Informationsrecht des Kommanditisten** · Eine rechtsdogmatische Untersuchung aus Anlass der Reform des Personengesellschaftsrechts durch das MoPeG
2022 · 422 Seiten · ISBN 978-3-8316-4952-5
- Band 849: Johannes Pfeiffer: **Das zwangsweise Entfernen eines Gesellschafters aus der GmbH** · Die Zwangseinziehung von Geschäftsanteilen sowie die statutarische Abtretungsverpflichtung und der Ausschluss ohne Satzungsregelung als Alternativen zur Zwangseinziehung
2022 · 224 Seiten · ISBN 978-3-8316-4863-4
- Band 848: Philippe Bhering: **Grenzbeschlagnahme und Piraterie in Deutschland und Brasilien unter Berücksichtigung des Transits von Markenwaren**
2021 · 268 Seiten · ISBN 978-3-8316-4927-3
- Band 847: Larinca Ritschl: **Die Reichweite der analogen Anwendung des § 47 Abs. 4 Satz 2 Alt. 1 GmbHG bei der Beteiligung eines GmbH-Gesellschafters an dem Vertragspartner der GmbH**
2021 · 232 Seiten · ISBN 978-3-8316-4921-1
- Band 846: Konrad Hildebrand: **Der Schutz des Beschuldigten bei Medienaukünften von Staatsanwaltschaften im Ermittlungsverfahren**
2021 · 216 Seiten · ISBN 978-3-8316-4904-4
- Band 845: Caroline Beyersdorf: **Mediale Öffentlichkeit als Strafzumessungskriterium** · Zugleich eine Untersuchung der empirischen und rechtlichen Befunde von Medienöffentlichkeit im Strafverfahren
2021 · 180 Seiten · ISBN 978-3-8316-4905-1
- Band 844: Dominik Forstner: **Das US-amerikanische Tarifvertragsrecht aus der Perspektive der Luftfahrt**
2021 · 340 Seiten · ISBN 978-3-8316-4900-6
- Band 843: Michael Richter: **Spielräume für die Landesgesetzgebung und sonstige Maßnahmen der Landes- und Kommunalpolitik im Kreislaufwirtschaftsrecht** · Gegenstände, Handlungsarenen und verfassungsrechtlicher Rahmen
2021 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-4901-3
- Band 842: Nanette von Tucher: **Der Mord an Kurt Eisner durch Anton Graf von Arco auf Valley**
2021 · 496 Seiten · ISBN 978-3-8316-4877-1
- Band 841: Marcin Rodek: **Patente im Chemiebereich – Motor oder Bremse der Innovation?**
2021 · 372 Seiten · ISBN 978-3-8316-4867-2
- Band 840: René Wünschmann: **Qualitätsmanagement in der akutstationären Versorgung von gesetzlich Krankenversicherten**
2020 · 222 Seiten · ISBN 978-3-8316-4829-0
- Band 839: Dominik Angstwurm: **Kreativität vs. Urheberrecht im digitalen Bereich** · Chancen und Grenzen vorhandener Selbstregulierungsansätze
2019 · 290 Seiten · ISBN 978-3-8316-4808-5
- Band 838: Karolina Vogel: **Die EUNAVFOR MED Operation Sophia zur Bekämpfung des Migrantenschmuggels auf Hoher See im Mittelmeer** · Eine rechtliche Einordnung auf drei Ebenen
2019 · 282 Seiten · ISBN 978-3-8316-4784-2

- Band 837: Ines Marin: **Sonderverjährungstatbestände für Gewährleistungsrechte im Kauf- und Werkvertragsrecht** · Eine exemplarische Problemanalyse der Verjährung der Gewährleistungsrechte bei mangelhaften Photovoltaikanlagen unter besonderer Berücksichtigung der obergerichtlichen und höchstrichterlichen Rechtsprechung seit 2012
2019 · 538 Seiten · ISBN 978-3-8316-4779-8
- Band 836: Chuan-Ching Liu: **Die hypothetische Einwilligung im Arztstrafrecht**
2019 · 314 Seiten · ISBN 978-3-8316-4772-9
- Band 835: Stephanie Fay: **Die Novellierung des Sanktionensystems im Lauterkeitsrecht** · Entwicklungsperspektiven für ein einheitliches Verbraucherschutzniveau nach den Vorgaben der UGP-Richtlinie
2019 · 262 Seiten · ISBN 978-3-8316-4770-5
- Band 834: Corinna Göggerle: **Fremdrechtsanwendung bei der Behandlung von EU/EWR-Auslandsgesellschaften sowie der Societas Europaea nach deutschem Strafrecht**
2019 · 260 Seiten · ISBN 978-3-8316-4765-1
- Band 833: Raoul Müller: **Im Zweifel für den Fiskus** · Eine kritische Betrachtung des Umgangs der Strafverfolgungspraxis mit dem Straftatbestand der Steuerhinterziehung bei Umsatzsteuerkarussellen im Lichte des Bestimmtheitsgebots gemäß Art.103 Abs. 2 GG
2019 · 306 Seiten · ISBN 978-3-8316-4764-4
- Band 832: Benedikt A. Groh: **Entwicklung eines Rechtsrahmens zum Betrieb ziviler unbemannter Fluggeräte** · Eine rechtsvergleichende Analyse des bestehenden nationalen Rechtsrahmens mit dem Rechtsrahmen der Vereinigten Staaten von Amerika
2019 · 218 Seiten · ISBN 978-3-8316-4763-7
- Band 831: Enno Schley: **Das lauterkeitsrechtliche Trennungsgebot im Internet**
2018 · 236 Seiten · ISBN 978-3-8316-4753-8
- Band 830: Charlotte Lauser: **Die Bindung der Verfassungsorgane an den Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit**
2018 · 284 Seiten · ISBN 978-3-8316-4739-2
- Band 829: Fabian Patrick Philipp Roth: **Die Haftung der Vorstände der Krankenkassen, der Krankenkassenverbände und der Kassenärztlichen Vereinigungen**
2018 · 270 Seiten · ISBN 978-3-8316-4712-5
- Band 828: Vincent Burgert: **Die genetische Beratung im Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmung und Drittinteressen** · Zugleich eine aktuelle Untersuchung zur ärztlichen Schweigepflicht im Bereich der Humangenetik
2018 · 262 Seiten · ISBN 978-3-8316-4693-7
- Band 827: Zhuomin Wu: **Der Schutz biotechnologischer Erfindungen in der V. R. China unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen**
2018 · 202 Seiten · ISBN 978-3-8316-4710-1
- Band 826: Alexander Hödemaker: **Marktzugang und Staatszugehörigkeit im internationalen und europäischen Investitionsrecht**
2018 · 262 Seiten · ISBN 978-3-8316-4687-6
- Band 825: Sebastian Eberz: **Konkurrenz directionsrechtlicher Normen und ihre Systemfolge für die Weisungerteilung Dritter**
2018 · 208 Seiten · ISBN 978-3-8316-4707-1
- Band 824: Anna Pötzl: **Demografischer Wandel und Verwaltungsorganisation**
2018 · 408 Seiten · ISBN 978-3-8316-4711-8
- Band 823: Luping Duan: **Gleichnamigkeit im Kennzeichenrecht** · Eine vergleichende Untersuchung zwischen Deutschland und China
2017 · 282 Seiten · ISBN 978-3-8316-4665-4

- Band 822: Maximilian Reinartz: **Öffentlichkeitsarbeit seitens des Verletzten einer Straftat** · Belastung der Verfahrensstruktur oder legitime Verwirklichung von Opferinteressen?
2017 · 200 Seiten · ISBN 978-3-8316-4659-3
- Band 821: Christina Lang: **Die Einstellung nach § 154 StPO in der Revisionsinstanz** · Eine kritische Analyse der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs
2018 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-4651-7
- Band 820: Nazanin Sporer: **Die Auswirkungen der Täuschung im Rahmen der §§ 331, 332 StGB**
2017 · 222 Seiten · ISBN 978-3-8316-4644-9

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
utzverlag GmbH, München
089-277791-00 · info@utzverlag.de

Gesamtverzeichnis mit mehr als 3000 lieferbaren Titeln: www.utzverlag.de